Newsletter Nr. 6 vom 31. Dezember 2004

Liebe Besucherin, lieber Besucher der NachDenkSeiten,

wir wissen nicht, welche Gefühle Sie bewegen, aber angesichts der erschreckenden Nachrichten über Tod und Leid aus den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans, der Andamanischen See und des Golfes von Bengalen war es für uns ziemlich beklemmend, solche Themen abzuhandeln, die bei uns im Lande anstehen. So erschien uns eine Kritik an Wirtschaftsminister Clements Ankündigung, allein durch die "Arbeitsmarktreformen" die Arbeitslosigkeit bis 2010 um mehr als die Hälfte senken zu wollen, wie ein Davonstehlen vor der Trauer unzähliger Menschen. Selbst die Empörung über einen neuen Höchststand der Arbeitslosigkeit von 4,43 Millionen Menschen im Dezember oder über die Tatsache, dass es mit Inkrafttreten von Hartz IV – entgegen aller beschönigenden Anzeigen – mehr als der Hälfte der Betroffenen von heute auf morgen schlechter gehen wird, will einem angesichts der viel größeren Not, der von der Katastrophe Betroffenen, nur schwer über die Lippen gehen.

Das moralische Verdikt Theodor W. Adornos, dass es nach Auschwitz barbarisch sei, ein Gedicht zu schreiben, betrifft das schreckliche Ereignis in Südasien nicht unmittelbar. Das Seebeben vor der Küste Sumatras war eine Naturkatastrophe und eben keine gewollte und geplante massenhafte Tötung von Menschen durch Menschen wie bei Völkermorden oder Kriegen. Dennoch, auch fahrlässig unterlassene Hilfeleistung ist eine Schande für die Völkergemeinschaft.

Man wusste doch schon lange, dass solche Katastrophen jederzeit passieren könnten. Deshalb haben ja auch die reichen Anrainerstaaten des pazifischen Ozeans, also etwa die USA oder Australien seit langem ein Meeresbeben-Frühwarnsystem aufgebaut. Mit einer solchen Maßnahme rund um den indischen Ozean hätte das Leben von Tausenden Menschen an den Küstengebieten Südasiens gerettet werden können. Thailand, Indonesien, Indien und vor allem Sri Lanka oder die Malediven waren jedoch zu arm, um sich ein solches System leisten zu können.

Da setzen die Welthandelsorganisation und der Internationale Währungsfond Milliarden ein, um dem freien Welthandel, dem freien Kapitalverkehr und der Globalisierung der Wirtschaft gerade auch in die flutwellenbedrohten Gebiete der "einen Welt" ihren Weg zu bahnen, aber dafür, die Folgen von permanent drohenden Flutkatastrophen einzudämmen, war offenbar kein Geld da.

Da geben die reichen Länder der Welt unvorstellbare Summen für ihren inneren und

äußeren Schutz vor dem Terrorismus aus, für den Schutz der Menschen vor Naturkatastrophen in den ärmeren Ländern bleibt da nichts mehr übrig.

Allein die USA gaben im zurückliegenden Jahr über 400 Milliarden Dollar für ihr Militär aus, 60 Milliarden sind für ein Raketenabwehrprogramm (National Missile Defense) geplant und mindestens 80 Milliarden kostet der Irak-Krieg. Irrsinnige Geldsummen für den Schutz der reichen Bürger der "freien" Welt. Schon die Portokasse des Pentagon hätte gereicht, um Tausende Menschen in den Küstenzonen besser zu schützen und um dabei gleichzeitig mehr gegen die Armut als Wurzel des Unfriedens in der Welt zu tun.

Nicht einmal das kaum fassbare Ausmaß der Katastrophe ist Anlass genug für ein Umdenken. Kaum ein Staat der Welt kommt offenbar auf die Idee, einen Teil des Geldes für den eigenen Schutz, wenigstens nachträglich für den Schutz und jetzt vor allem auch für die Hilfe in die betroffenen Regionen umzulenken. Der UN-Koordinator für Katastrophenhilfe, Jan Egeland, hat Recht, wenn er die Hilfszusagen der USA mit 35 Millionen Dollar oder der EU mit 30 Millionen Euro als "knauserig" kritisiert. Die Bundesregierung denkt wenigstens über ein Schuldenmoratorium gegenüber den betroffenen Staaten und über Hilfen beim Aufbau eines Erdbebenfrühwarnsystems nach. Das soll nicht unerwähnt bleiben.

Es stockte einem schon der Atem, wenn man in den Medien etwa bei der Börsenberichterstattung hören konnte, wie geradezu erleichtert aufatmende Vertreter der Versicherungswirtschaft darauf hinwiesen, dass die Flutopfer kaum Versicherungsschutz genießen und deshalb die Gewinnprognosen der Rückversicherer nicht nach unten korrigiert werden müssten. Anders als bei den Schäden für Hurrikane in den USA sei die "Versicherungsdurchdringung in den Küstenregionen der betroffenen Länder und die dortige Wertkonzentration vergleichsweise gering" (so der weltweit zweitgrößte Rückversicherer Swiss Re).

Es ist halt immer das alte, traurige Lied, wenn die (internationale) Politik versagt, wenn Solidarsysteme nicht funktionieren, wenn die Wirtschaft nur auf ihre Bilanzen schaut, dann hilft nur noch Mitmenschlichkeit und Barmherzigkeit. So wie die Dinge liegen, bleibt uns also auch über die NachDenkSeiten nicht viel anderes übrig, als an Ihre persönliche Hilfsbereitschaft gegenüber den betroffenen Menschen zu appellieren.

Mit herzlichen Wünschen für ein friedliches, gesundes und gutes Neues Jahr

Ihr Albrecht Müller, Ihr Wolfgang Lieb, Ihr Webmaster – Lars Bauer.